

16881/J XXVII. GP

Eingelangt am 17.11.2023

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Gerhard Kaniak, Peter Wurm
an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
betreffend **Pensionsbeiträge für über 65-Jährige müssen fallen**

Die Vereinigung Initiative Wirtschaftsstandort OÖ (IWS) hat aktuell folgende Presseaussendung veröffentlicht:¹

Pensionsbeiträge für über 65-Jährige müssen fallen

Der Wirtschaftsstandort OÖ braucht die Erfahrung der älteren Generation

Linz (OTS) - „Der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften betrifft Oberösterreich als das Wirtschafts- und Industriebundesland Nummer 1 besonders stark. Deshalb muss es gelingen, mehr Ältere zur freiwilligen Weiterarbeit sowohl mit besserer Gesundheitsvorsorge und ebenso – durch finanzielle Anreize – zur freiwilligen Weiterarbeit zu motivieren. Denn Arbeit im Alter muss sich auch in dieser Lebensphase lohnen“, stellt dazu die Initiative Wirtschaftsstandort OÖ (IWS) fest. Die konkreten Forderungen zur längeren Nutzung der Lebensleistung und Erfahrung der Älteren dazu liegen alle längst auf dem Tisch, erläutert IWS-GF Gottfried Kneifel.

Das Sieben-Punkte-Programm:

- Entfall der derzeit fälligen Pensionsbeiträge für den freiwilligen Zuverdienst
- Anhebung des Pensionsaufschlags für jedes freiwillige Zusatzjahr
- Senkung der Lohnnebenkosten bei Mitarbeitern der Altersgruppe 55+
- Entwicklung von altersgerechten Arbeitsplätzen und Arbeitszeitmodellen
- Begünstigung gesundheitsfördernder, präventiver Maßnahmen (der Betriebe)
- Forcierung von Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung älterer Menschen
- Intensivierung der Informationsarbeit zu Zuverdienst und Teilpension

Im Schnitt beträgt das faktische Pensions-Antrittsalter laut Statistik Austria bei Männern derzeit 63,2 Jahre – also deutlich unter dem gesetzlichen

¹ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20231029OTS0017/pensionsbeitraege-fuer-ueber-65-jaehrige-muessen-fallen

Pensionsalter –, und bei Frauen 60,7 Jahre, also exakt bei dem Wert, der ab 2024 das gesetzliche Pensionsalter sein wird.

In diesem Zusammenhang richten die Abgeordnete Mag. Gerhard Kaniak und Peter Wurm an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz nachstehende

Anfrage

1. Wie beurteilen Sie als zuständiger Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz den von der Vereinigung „Initiative Wirtschaftsstandort OÖ (IWS)“ veröffentlichten Forderungs- und Maßnahmenkatalog zum wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch so wichtigen Thema „Altersgerechte freiwillige Möglichkeiten der Weiterarbeit“ in der Pension?
2. Wie beurteilen Sie als zuständiger Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz insbesondere die Forderung der IWS OÖ auf einen „Entfall der derzeit fälligen Pensionsbeiträge für den freiwilligen Zuverdienst“?
3. Wie beurteilen Sie als zuständiger Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz insbesondere die Forderung der IWS OÖ auf einen „Anhebung des Pensionsaufschlags für jedes freiwillige Zusatzjahr“?
4. Wie beurteilen Sie als zuständiger Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz insbesondere die Forderung der IWS OÖ auf eine „Senkung der Lohnnebenkosten bei Mitarbeitern der Altersgruppe 55+“?
5. Wie beurteilen Sie als zuständiger Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz insbesondere die Forderung der IWS OÖ auf eine „Entwicklung von altersgerechten Arbeitsplätzen und Arbeitszeitmodellen“?
6. Wie beurteilen Sie als zuständiger Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz insbesondere die Forderung der IWS OÖ auf eine „Begünstigung gesundheitsfördernder, präventiver Maßnahmen der Betriebe“?
7. Wie beurteilen Sie als zuständiger Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz insbesondere die Forderung der IWS OÖ auf eine „Forcierung von Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung älterer Menschen“?
8. Wie beurteilen Sie als zuständiger Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz insbesondere die Forderung der IWS OÖ auf eine „Intensivierung der Informationsarbeit zu Zuverdienst und Teilpension“?